

67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

Antrag Nr. L001 "Chancen der digitalen Gesellschaft"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 132 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für die Bundesvereinigung der Jungen Liberalen			
1	Füge ein nach 21. Jahrhundert.	Grundsätzlich sollten Bildungs- und Wissensinhalte öffentlicher Hochschulen weitestgehend digitalisiert werden und die finanziellen, rechtlichen und technischen Barrieren zur Nutzung von Online-Angeboten so weit wie möglich reduziert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Begleitmaterialien zu Vorlesungen, Arbeitsgemeinschaften, Seminaren und sonstigen Lehrveranstaltungen frei zugänglich ins Internet zu stellen. Hiervon ausgenommen sind lediglich Teile der Materialien, die durch außeruniversitäre Leistungsschutzrechte geschützt sind, sowie aus didaktischen oder prüfungsrechtlichen Gründen bezogen auf ihre Veröffentlichung unabdingbar mit zeitlicher Restriktion verbundene Materialien (z.B. Klausuren und deren Lösungen).	Übernommen
Zeile 132 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für die Bundesvereinigung der Jungen Liberalen			
2	Füge ein nach	<ul style="list-style-type: none"> Im Bereich der Wissenschaft und Forschung muss sichergestellt werden, dass 	in veränderter Form übernommen: Im Bereich der Wissenschaft und Forschung muss sichergestellt

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
	21. Jahrhundert	<p>Forschungsergebnisse und Publikationen, die durch öffentliche Mittel finanziert wurden, auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Deshalb setzen sich die Freien Demokraten für eine Stärkung des Open Access-Prinzips durch die Etablierung des so genannten Grünen Wegs ein. Universitäten, Institute, Forschungseinrichtungen und Wissenschaftler sollen demnach das unveräußerliche Recht erhalten ihre eigenen Forschungsergebnisse und Publikationen auf eigenen Servern der Öffentlichkeit vollständig zugänglich zu machen.</p>	<p>werden, dass Forschungsergebnisse und Publikationen, die durch öffentliche Mittel finanziert wurden, auch der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Deshalb setzen sich die Freien Demokraten für eine Stärkung des Open Access-Prinzips ein. Universitäten, Institute, Forschungseinrichtungen und Wissenschaftler sollen demnach das unveräußerliche Recht erhalten ihre eigenen Forschungsergebnisse und Publikationen auf eigenen Servern der Öffentlichkeit vollständig zugänglich zu machen.</p>
<p>Zeile 286 bis 292 - Antragsteller: Jimmy Schulz (LV Bayern), Uwe Probst (LV Bayern), Albert Duin (LV Bayern) und Daniel Föst (LV Bayern) für den Landesverband Bayern</p>			
3	<p>Ersetzung von "Die Vertragsfreiheit zwischen" ... bis "nachweisbar sicherstellt."</p>	<p>Eine weitgehende, ausgewogene vertragliche Gestaltungsfreiheit zwischen Auftraggebern und Freiberuflern und Selbstständigen muss gewahrt bleiben. Die ständige Bedrohung durch die Feststellung der Scheinselbstständigkeit durch die Deutschen Rentenversicherung (DRV) in den digitalen Arbeitswelten führt zu abstrusen Abwehrmaßnahmen der Unternehmen. Diese Maßnahmen blockieren den Informationsfluss zwischen den Unternehmen und den innovativen und Wissensarbeitern. In diesem, für die deutsche Volkswirtschaft sensiblen Bereich, führt das letztendlich zur Vernichtung vieler hiervon abhängiger Arbeitsplätze. Die DRV sollte sich daher auf die Missbrauchsverfolgung</p>	<p>Abstimmung mit Beratung</p>

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		beschränken. Für die Freiberufler und Selbstständigen sollte eine nicht diskriminierende Kranken- und Rentenversicherungsalternative angeboten werden. Darüber hinaus muss für sie durch einen Katalog von Positiv-Kriterien Rechtssicherheit geschaffen werden, indem das Vorliegen eines einzelnen oder einer Kombination von mehreren Kriterien eine Selbstständigkeit nachweisbar sicherstellt.	
Zeile 304 bis 326 - Antragsteller: Jimmy Schulz (LV Bayern), Uwe Probst (LV Bayern), Albert Duin (LV Bayern) und Daniel Föst (LV Bayern) für den Landesverband Bayern			
4	Streichung von "In einer digitalisierten" ... bis "Wide Web zu verbessern."		Abstimmung mit Beratung
Zeile 380 - Antragsteller: Florian Zeiml (LV Bayern)			
5	Füge ein nach wert.	<ul style="list-style-type: none"> • Digitalisierung ist ein Kulturgut. Daher sind auch Computerspiele, wie Bücher oder Filme, ein durch schöpferische Gestaltung geschaffenes Werk und damit Bestandteil des kulturellen Abbild einer Gesellschaft, der selbstbestimmten Umgang erfordert. 	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 416 bis 419 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für die Bundesvereinigung der Jungen Liberalen			
6	Ersetzung von "Dies schließt vor allem" ...	Alle Unternehmen weltweit sollen die EU-Anforderungen an den Datenschutz erfüllen müssen, wenn sie Daten von	Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
	bis "gespeichert werden."	EU-Bürgern verarbeiten. Um jedoch eine Abschottung des europäischen Marktes gegenüber anderen Staaten zu verhindern, soll eine Zertifizierung der Einhaltung der Datenschutz-Grundverordnung möglichst unbürokratisch ablaufen.	
Zeile 434 bis 435 - Antragsteller: Jimmy Schulz (LV Bayern), Uwe Probst (LV Bayern), Albert Duin (LV Bayern) und Daniel Föst (LV Bayern) für den Landesverband Bayern			
7	Streichung (z. B. sogenannte „Omni-Cloud-Lösungen“)		Abstimmung ohne Beratung
Zeile 439 - Antragsteller: Daniel Föst (LV Bayern), Jimmy Schulz (LV Bayern), Lukas Köhler (LV Bayern)			
8	Füge ein nach Datenschutz wieder auszuhebeln.	„Eine Beteiligung an oder Finanzierung der digitalen Grau- und Schwarzmärkte (z.B. durch den Einkauf von „Zero Day Exploits“) ist strikt abzulehnen.“	in veränderter Form übernommen: Eine Beteiligung an oder Finanzierung der digitalen Grau- und Schwarzmärkte ist strikt abzulehnen.
Zeile 440 - Antragsteller: Daniel Föst (LV Bayern), Jimmy Schulz (LV Bayern), Lukas Köhler (LV Bayern)			
9	Füge ein nach Standards zu entwickeln.	„Wir befürworten die Meldepflicht für systemrelevante Unternehmen und Behörden bei schweren IT-Attacken, um künftige Angriffe zu verhindern. Wer von Sicherheitslücken in Soft- oder Hardware Kenntnis erlangt, muss diese sofort dem BSI melden, welches unmittelbar auf die Schließung und Veröffentlichung dieser hinarbeitet.“	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 461 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für die Bundesvereinigung der Jungen Liberalen			
10	Füge ein nach können.	<ul style="list-style-type: none"> • Das nationale Cyberabwehrzentrum (CAZ) soll in das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) integriert werden. Dieses muss zu einer zentralen Institution ausgebaut werden, die kritische Infrastruktur überwacht und eventuelle Angriffe bewertet. Dafür darf das BSI dem Bundesministerium des Inneren nicht nachgeordnet werden. • Zur effektiven Bekämpfung von digitaler Kriminalität und Cyberwar müssen auch die personellen und technischen Kapazitäten der anderen Sicherheitsorgane weiter ausgebaut werden. Hierfür sollen diese auch für Experten (z. B. Informatiker) zugänglich und attraktiv gemacht werden. Eine gezielte Fortbildung von Polizisten trägt dazu bei, dass diese nicht durch vermeidbare Wissenslücken an der Durchsetzung von geltendem Recht gehindert werden. 	Abstimmung mit Beratung
Zeile 468 bis 468 - Antragsteller: Jimmy Schulz (LV Bayern), Uwe Probst (LV Bayern), Albert Duin (LV Bayern) und Daniel Föst (LV Bayern) für den Landesverband Bayern			
11	Streichung von "Die Prinzipien der „Perfect“ ... bis "Secrecy“ finden		Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
	Anwendung."		
Zeile 481 bis 488 - Antragsteller: Jimmy Schulz (LV Bayern), Uwe Probst (LV Bayern), Albert Duin (LV Bayern) und Daniel Föst (LV Bayern) für den Landesverband Bayern			
12	Streichung von "Neuere technische Entwicklungen," ... bis "bisherigen Anbieter zu löschen."		Abstimmung mit Beratung
Zeile 488 - Antragsteller: Florian Zeiml (LV Bayern)			
13	Füge ein nach löschen.	<ul style="list-style-type: none"> Die Freien Demokraten setzen sich dafür ein, Computerspiele anderen Medien wie Büchern oder Filmen gleichzustellen. Die Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle (USK) soll abgeschafft werden. Fortan soll in Deutschland für die Altersfreigabe von Computerspielen die "Pan European Game Information" (PEGI) zu Grunde gelegt werden. So werden Jugendschutz und kreative Nutzung dieses Mediums für Anwender und Schaffende möglich sein. 	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 497 bis 509 - Antragsteller: Jimmy Schulz (LV Bayern), Uwe Probst (LV Bayern), Albert Duin (LV Bayern) und Daniel Föst (LV Bayern) für den Landesverband Bayern			
14	Streichung von "Wir Freien Demokraten" ... bis "weltweiten Domains		Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
	beziehen."		
Zeile 514 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für die Bundesvereinigung der Jungen Liberalen			
15	Füge ein nach gestellt.	<ul style="list-style-type: none"> Die Methode des Predictive Policing soll nur auf Basis von aggregierten Daten angewendet werden, um präventiv Straftaten zu verhindern, nicht aber bezogen auf den Täter oder das Opfer. Dabei können etwa Risikogebiete oder -zeiten identifiziert werden, nicht aber Ermittlungen gegen Einzelpersonen eingeleitet werden. 	Abstimmung mit Beratung
Zeile 514 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für die Bundesvereinigung der Jungen Liberalen			
16	Füge ein nach gestellt.	<ul style="list-style-type: none"> Die Bestandsdatenauskunft und die Funkzellenabfrage müssen deutlich eingeschränkt werden. Sensible Daten wie IP-Adressen sollen grundsätzlich nur noch mit Richtervorbehalt abgefragt werden können. 	Übernommen
Zeile 527 - Antragsteller: Daniel Föst (LV Bayern), Jimmy Schulz (LV Bayern), Lukas Köhler (LV Bayern)			
17	Füge ein nach global zu verankern.	„Perspektivisch unterstützen wir daher die Ausarbeitung einer internationalen Charta für Persönlichkeitsrechte, die völkerrechtlich einheitliche Standards im Umgang mit persönlichen Daten und Bürgerrechten wie der Informationsfreiheit festlegen soll. So soll insbesondere auch die indirekte Überwachung von eigenen Bürgern (z.B. über Drittstaaten) oder das unbeschränkte	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		Aushorchen von Ausländern weltweit verhindert werden.“	
Zeile 595 - Antragsteller: Dr. Christopher Gohl (LV Baden-Württemberg)			
18	Füge ein nach und Zulassungsfragen).	<ul style="list-style-type: none"> Die durchgängige Digitalisierung der Wertschöpfungskette Bau ermöglicht eine effiziente und konsistente Abwicklung komplexer Bauprojekte. In einer Lebenszyklusbetrachtung können durch die Anwendung digitaler Modelle auch Betrieb und Abriss eines Bauwerks schon bei dessen Planung besser erfasst und berücksichtigt werden. Da viele verschiedene Akteure an Planungs- und Bauprozessen beteiligt sind, ist es dabei besonders wichtig, gemeinsame Standards und Datenformate festzulegen. 	Übernommen
Zeile 615 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für den Bundesvorstand der Jungen Liberalen und Uwe Probst (LV Bayern)			
19	Füge ein nach Hochgeschwindigkeitsnetzen.	Wir fordern unbürokratische Lösungen wie das Verlegen von Glasfaserkabeln und Leerrohren bei Straßenbauarbeiten oder Wasserrohreneruerungen, die eine stärkere Absprache zwischen Kommunen, Ländern und dem Bund erfordern. Öffentlich finanzierte Glasfaserleitungen müssen von der Bundesnetzagentur verwaltet werden – privatwirtschaftliche Provider können diese Kapazitäten daraufhin mieten und vertreiben. Dies ermöglicht echten Wettbewerb bis an die Grundstücke („letzte Meile“) bei gleichzeitiger Refinanzierung über die kommenden Jahrzehnte. Der Ausbau soll in Regions-	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>Clustern ausgeschrieben werden, sodass eine Flächenplanung des Ausbaus effizient möglich ist. Die Praxis des sogenannten „Vectoring“ als mittelfristigen Ersatz für den Ausbau von Glasfasernetzen halten wir hingegen für problematisch, da dies den notwendigen Wettbewerb auf der bereitgestellten Infrastruktur hemmt.</p>	
<p>Zeile 666 - Antragsteller: Jimmy Schulz (LV Bayern), Uwe Probst (LV Bayern), Albert Duin (LV Bayern) und Daniel Föst (LV Bayern) für den Landesverband Bayern</p>			
20	<p>Füge ein nach Möglichkeiten.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Um zu testen wie veränderte oder reduzierte Regulierung sich auf Innovation und Wirtschaftsmodelle auswirkt, sollen Regulierungspiloten ermöglicht werden. Dabei kann regional, zeitlich und auf Branchen begrenzt geprüft werden, welche Auswirkungen auf Technologien, Geschäftsmodelle und die Gesellschaft eine andere oder reduzierte Regulierung bedeuten würde. Der Regulierungspilot soll anschließend evaluiert werden, um daraus innovationsfördernde als auch gesamtgesellschaftlich verantwortungsvolle Regulierung abzuleiten. So können Gesetzgeber und Verwaltung schneller auf Wirtschaft und Wissenschaft reagieren. 	<p>Übernommen</p>

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 707 - Antragsteller: Jimmy Schulz (LV Bayern), Uwe Probst (LV Bayern), Albert Duin (LV Bayern) und Daniel Föst (LV Bayern) für den Landesverband Bayern			
21	Füge ein nach 3D-Drucker	sowie das veränderte Verbraucherverhalten beim Einkaufen	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 712 - Antragsteller: Jimmy Schulz (LV Bayern), Uwe Probst (LV Bayern), Albert Duin (LV Bayern) und Daniel Föst (LV Bayern) für den Landesverband Bayern			
22	Füge ein nach Attraktivität.	<p>Die Digitalisierung wird auch unsere Mobilität signifikant verändern. Erkennbar sind wesentliche Trends von denen maßgebliche Veränderungen ausgehen werden. Hierzu gehören (teil-) autonome Fahrzeuge ohne ständigen Fahrzeugführer auf allen Verkehrswegen und eine zunehmende Elektrifizierung der Antriebe aller Verkehrsmittel. Dies wird jeweils kombiniert mit einem permanenten Informationsaustausch aller (Teil-) Systeme. Bereits heute beobachten wir erste Ausprägungen dieser Veränderungen und deren Auswirkungen auf unsere Gesellschaft. Hierzu gehören beispielsweise:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Auflösung der über lange Zeit dominanten Trennung von Wohnort und Arbeitsplatz. Das Home-Office wird für Büroarbeitsplätze zunehmend von Unternehmen eingeführt. • die Attraktivität ländlicher Regionen wird durch autonome Autos entscheidend erhöht. Auch Menschen, die bisher ein Auto nicht selbst nutzen 	<p>in veränderter Form übernommen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Deutschland muss mit einem modernen Straßenverkehrsrecht, das autonomes Fahren und teilassistierte Systeme erlauben, eine internationale Vorreiterrolle einnehmen. <p>Noch offene Haftungsfragen müssen umgehend geklärt werden, das bisherige System von Fahrer- und Halterhaftung gehört überarbeitet. Es muss definiert werden, ob Soft- oder Hardwarehersteller in Halterhaftung genommen werden können und wer bei einem gescherten PKW Halter ist. Autonomes Fahren ist nur sinnvoll, wenn die Fahrer der Fahrzeuge sich nicht mit dem Verkehr beschäftigen müssen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die beim Fahren anfallenden personenbezogenen Daten (z. B. wer fährt

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>können mit solchen Fahrzeugen mobiler werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> • erste Versuche von Logistikdienstleistern mit Warenlieferung via Drohne. • mobile Anwendungen, die für Jede den schnellsten Weg zu seinem Ziel suchen können und dazu die für ihn beste Kombination von Verkehrsmitteln (individuale und öffentliche) zusammenstellen. <p>Die FDP fordert, dass die folgenden Punkte schnell angegangen werden</p> <ul style="list-style-type: none"> • Modernes Straßenverkehrsrecht Deutschland muss mit einem modernen Straßenverkehrsrecht, das autonomes Fahren und teilassistierte Systeme erlauben, eine internationale Vorreiterrolle einnehmen. <p>Noch offene Haftungsfragen müssen umgehend geklärt werden, das bisherige System von Fahrer- und Halterhaftung gehört überarbeitet. Es muss definiert werden, ob Soft- oder Hardwarehersteller in Halterhaftung genommen werden können und wer bei einem geschaden PKW Halter ist. Autonomes Fahren ist nur sinnvoll, wenn die Fahrer der Fahrzeuge sich nicht mit dem Verkehr beschäftigen müssen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Datenschutz bei Fahrzeugen 	<p>wann mit wem wohin) dürfen ohne explizite Einwilligung des Betroffenen nicht für Profilbildungen bei Herstellern, Versicherungen oder Behörden verwendet werden. Es dürfen nur solche Daten erhoben und verarbeitet werden, die für die Steuerung der Fahrzeuge und des Verkehrs notwendig sind. Nach einer Fahrt müssen sie umgehend gelöscht werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Es müssen (möglicherweise zusätzliche) BSI- oder vergleichbare Standards entwickelt werden, welche die überprüfbare Sicherheit der IT in Fahrzeugen definieren. Die Einhaltung dieser Standards muss zur Pflicht von Fahrzeugherstellern werden. Um die Einhaltung des Sicherheitsniveaus zu gewährleisten und überprüfbar zu machen, muss sicherheitsrelevante Fahrzeugsoftware quelloffen und nach dem Kerckhoff-Prinzip entwickelt sein. Eine ethische Debatte muss angestoßen werden, in der die Rahmenbedingungen geklärt werden müssen, wie autonome Systeme zu entscheiden haben, wenn sie zwischen verschiedenen (jeweils negativ endenden)

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>Die beim Fahren anfallenden personenbezogenen Daten (z. B. wer fährt wann mit wem wohin) dürfen ohne explizite Einwilligung des Betroffenen nicht für Profilbildungen bei Herstellern, Versicherungen oder Behörden verwendet werden. Es dürfen nur solche Daten erhoben und verarbeitet werden, die für die Steuerung der Fahrzeuge und des Verkehrs notwendig sind. Nach einer Fahrt müssen sie umgehend gelöscht werden.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sicherheit von Fahrzeugsoftware Es müssen (möglicherweise zusätzliche) BSI- oder vergleichbare Standards entwickelt werden, welche die überprüfbare Sicherheit der IT in Fahrzeugen definieren. Die Einhaltung dieser Standards muss zur Pflicht von Fahrzeugherstellern werden. Um die Einhaltung des Sicherheitsniveaus zu gewährleisten und überprüfbar zu machen, muss sicherheitsrelevante Fahrzeugsoftware quelloffen und nach dem Kerckhoff-Prinzip entwickelt sein. Eine ethische Debatte muss angestoßen werden, in der die Rahmenbedingungen geklärt werden müssen, wie autonome Systeme zu entscheiden haben, wenn sie zwischen verschiedenen (jeweils negativ endenden) Optionen zu entscheiden 	<p>Optionen zu entscheiden haben.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Um die effektivste Planung der Mobilität für die Menschen zu ermöglichen, müssen Planungssysteme Zugriff auf Verkehrsdaten haben. Daher müssen Anbieter öffentlicher Verkehrssysteme ihre Fahrpläne öffentlich in einer standardisierten, automatisch verarbeitbaren Form gratis veröffentlichen. • Wir müssen die Möglichkeit schaffen mit innovativen Ideen zur Optimierung des öffentlichen Nahverkehrs zu experimentieren. Dazu gehören u.a. flexible Busrouten, mobile Bezahlssysteme, nachfrageorientierte Preismodelle für öffentliche Parkplätze sowie die Echtzeitverfolgung von Bussen und deren Sitzplatzbelegung. Auch in Deutschland wollen wir den Rahmen schaffen, um Unternehmen mehr Raum für innovative Experimente zu geben, auch auf die Gefahr hin, dass diese scheitern. Dazu ist es notwendig, die Regulierung des öffentlichen Personennahverkehrs anzupassen und neue Ideen zu fördern.

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>haben.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Open Data für Fahrplandaten Um die effektivste Planung der Mobilität für die Menschen zu ermöglichen, müssen Planungssysteme Zugriff auf Verkehrsdaten haben. Daher müssen Anbieter öffentlicher Verkehrssysteme ihre Fahrpläne öffentlich in einer standardisierten, automatisch verarbeitbaren Form gratis veröffentlichen. • Freiheit für innovativen öffentlichen Nahverkehr Wir müssen die Möglichkeit schaffen mit innovativen Ideen zur Optimierung des öffentlichen Nahverkehrs zu experimentieren. Dazu gehören u.a. flexible Busrouten, mobile Bezahlssysteme, nachfrageorientierte Preismodelle für öffentliche Parkplätze sowie die Echtzeitverfolgung von Bussen und deren Sitzplatzbelegung. Auch in Deutschland wollen wir den Rahmen schaffen, um Unternehmen mehr Raum für innovative Experimente zu geben, auch auf die Gefahr hin, dass diese scheitern. Dazu ist es notwendig, die Regulierung des öffentlichen Personennahverkehrs anzupassen und neue Ideen zu fördern. 	

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 712 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für die Bundesvereinigung der Jungen Liberalen			
23	Füge ein nach Attraktivität.	<ul style="list-style-type: none"> Wir wollen Menschen, Unternehmen und Kommunen, die ihren Internetanschluss der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung stellen und damit Menschen ohne eigenen Internetanschluss – beispielsweise Touristen – einen Zugang zum Internet ermöglichen, unterstützen. Die derzeit bestehende Störerhaftung, die Anschlussinhaber aufgrund einer technisch bedingten Unbestimmtheit für rechtswidrige Handlungen aller Nutzer ihres Anschlusses verantwortlich macht, ist weder zeitgemäß noch sinnvoll. Wir wollen deshalb das Telemediengesetz so anpassen, dass die Störerhaftung vollständig abgeschafft wird. So bereiten wir den Nährboden für moderne Städte, neue Unternehmensideen und gute Nachbarschaft. 	Abstimmung mit Beratung – Antragskommission empfiehlt offene Debatte
Zeile 712 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für die Bundesvereinigung der Jungen Liberalen			
24	Füge ein nach Attraktivität.	<ul style="list-style-type: none"> Entscheidend für jeden technischen Fortschritt ist auch, dass es in der freien Entscheidung der Menschen bleibt, neue Systeme zu nutzen oder nicht. Wir lehnen daher die verpflichtende Einführung neuer technischer Systeme, die unsere Handlungsfreiheit oder informationelle Selbstbestimmung einschränken, grundsätzlich 	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>ab. Dazu gehören bspw. auch der obligatorische Einbau des „eCall“-Systems in Autos oder eine perspektivische Verpflichtung zum autonomen Fahren.</p>	
Zeile 715 bis 806 - Antragsteller: Albert Duin (LV Bayern) für den Landesverband Bayern			
25	<p>Ersetzung von "Digitalisierung wird weltweit" ... bis "kontinuierlich verbessert werden."</p>	<p>Im Mittelpunkt eines liberalen Gesellschaftsbildes steht immer der Mensch und sein freier Wille, dies gilt insbesondere auch und immer in der gesundheitlichen Versorgung – hier steht immer der Patient, der kranke Mensch, im Mittelpunkt der Betrachtung. Digitale Anwendungen sind dabei immer nur Hilfsmittel, die dazu dienen sollen die Qualität und Effizienz der medizinischen Versorgung zu verbessern bzw. den Zugang zu medizinischer Versorgung für den Patient zu erleichtern. Wie in anderen Lebensbereichen auch wird sich die Digitalisierung im Gesundheitswesen rasch verbreiten. So werden in den nächsten Jahren digitale Anwendungen in der innerärztlichen Kommunikation und im Austausch zwischen Patient und Arzt zunehmend eingesetzt werden. Gerade darum muss der Umgang mit diesen neuen Technologien sorgsam betrachtet und im liberalen Sinne für die Menschen nutzbar gemacht und geregelt werden.</p> <p>Durch den Ausbau digitaler Anwendungen im Gesundheitswesen können evidenzbasierte Medizin, Arzneimittelsicherheit, Forschung und Innovation gestärkt</p>	<p>Abstimmung mit Beratung</p>

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>und Arbeitsplätze geschaffen werden. Ergänzt und geleitet ist diese technische Nutzung aber immer auch von der Erfahrung des Arztes und Therapeuten und durch den liberalen und humanitären Wertekanon, der Missbrauch neuer Technologien verhindern hilft. „German Mut“ paart sich mit „German Hirn“ und „German Herz“.</p> <p>Voraussetzung für die Digitalisierung in unserer Gesundheitsversorgung und -vorsorge bleibt, dass die Nutzung für Patient und Therapeut freiwillig bleibt. Er entscheidet, ob und wie weitgehend er neue Technologien nutzen will. Datensicherheit wird garantiert und die Patientinnen und Patienten behalten immer die Hoheit über ihre persönlichen Gesundheitsdaten. Dem Patienten soll die Möglichkeit eröffnet werden auf einem standardisierten Datenträger seine medizinischen Daten mit sich zu führen. Diese sind jedoch von den reinen Abrechnungs- und Verwaltungsdaten der Krankenkassen zu trennen, um dem Patienten die Sicherheit zu geben, dass nur er entscheidet, welche medizinischen Daten auch Dritten wie seiner Krankenkasse zugänglich gemacht wird.</p> <p>Daher setzen wir Freien Demokraten uns dafür ein:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Förderung von digitalen Anwendungen im Gesundheitswesen auf freiwilliger Basis - Die technischen Möglichkeiten des direkten und 	

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
		<p>sicheren Datenaustausch zwischen den Beteiligten im Gesundheitswesen zu unterstützen, sofern notwendig und vom Patienten gewünscht. Es muss dabei gewährleistet sein, dass ein höchstmögliches Niveau an Datenschutz und –sicherheit besteht.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Bürger selbst sind Eigentümer ihrer Gesundheitsdaten und entscheiden über deren Nutzung in geeigneter Form (z. B. anonymisierte und pseudonymisierte Form bei wissenschaftlicher Nutzung). - Rahmenbedingungen für eine sichere Digitalisierung des Gesundheitssystems sind zu schaffen, die sich am Bürger als dessen Nutzer orientiert und die Hoheit des Bürgers über seine medizinischen Daten gewährleistet. - Der Staat ist hier allenfalls Garant dafür, dass kein Missbrauch der Daten seiner Bürger betrieben wird. Er darf selbst nicht zum Missbraucher der Daten werden. 	
<p>Zeile 720 bis 720 - Antragsteller: Christine Aschenberg-Dugnus (LV Schleswig-Holstein) und Dr. Andrew Ullmann (LV Bayern) für den Bundesfachausschuss Gesundheit</p>			
26	Streichung wieder		Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 730 bis 730 - Antragsteller: Christine Aschenberg-Dugnus (LV Schleswig-Holstein) und Dr. Andrew Ullmann (LV Bayern) für den Bundesfachausschuss Gesundheit			
27	Streichung , beispielsweise in der personalisierten Medizin.		Übernommen
Zeile 743 bis 743 - Antragsteller: Christine Aschenberg-Dugnus (LV Schleswig-Holstein) und Dr. Andrew Ullmann (LV Bayern) für den Bundesfachausschuss Gesundheit			
28	Ersetzung Virtuelle Arztbesuche und digital gestützte	Digital unterstützte Visiten und	in veränderter Form übernommen: (Anstatt Ersetzung Ergänzung zu: "Virtuelle Arztbesuche, digital unterstützte Visiten und Behandlungen")
Zeile 754 bis 758 - Antragsteller: Christine Aschenberg-Dugnus (LV Schleswig-Holstein) und Dr. Andrew Ullmann (LV Bayern) für den Bundesfachausschuss Gesundheit			
29	Ersetzung von "Neue, zunehmend digital" ... bis "gehen dabei Hand in Hand."	<ul style="list-style-type: none"> • Neue, zunehmend digital unterstützte Therapieformen verbinden neue diagnostische Verfahren und Biomarker zu einer auf den einzelnen Patienten bestmöglich abgestimmten Therapie. Die Verringerung von Nebenwirkungen und die Steigerung von Qualität gehen dabei Hand in Hand. 	Übernommen

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 764 bis 781 - Antragsteller: Jimmy Schulz (LV Bayern), Uwe Probst (LV Bayern), Albert Duin (LV Bayern) und Daniel Föst (LV Bayern) für den Landesverband Bayern			
30	Streichung von "Basis für ein modernes" ... bis "erheblichen Bürokratieabbau."		Abstimmung mit Beratung gemeinsam mit 31
Zeile 767 bis 767 - Antragsteller: Christine Aschenberg-Dugnus (LV Schleswig-Holstein) und Dr. Andrew Ullmann (LV Bayern) für den Bundesfachausschuss Gesundheit			
31	Streichung von "ähnlich einer Art „persönlichen" ... bis "Gesundheitsservers""		Abstimmung mit Beratung mit 30
Zeile 782 bis 784 - Antragsteller: Jimmy Schulz (LV Bayern), Uwe Probst (LV Bayern), Albert Duin (LV Bayern) und Daniel Föst (LV Bayern) für den Landesverband Bayern			
32	Ersetzung von "dieser Infrastruktur" ... bis "Rahmenbedingungen ihren Platz."	Innovative neue Anbieter von Produkten und Gesundheitslösungen durch standardisierte Schnittstellen, aber auch klare, rechtlich verbindliche Rahmenbedingungen sind nötig.	Abstimmung ohne Beratung
Zeile 789 bis 794 - Antragsteller: Christine Aschenberg-Dugnus (LV Schleswig-Holstein) und Dr. Andrew Ullmann (LV Bayern) für den Bundesfachausschuss Gesundheit			

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
33	Ersetzung von "Der virtuelle Arztbesuch" ... bis "Blutzucker-Konzentration) informieren."	Neue Monitoring-Verfahren, die den Arzt über Veränderungen des Gesundheitszustands (z.B. Bewegung, Herzschlag, Puls, Blutzucker-Konzentration) informieren, führen zu einem intensiveren Datenaustausch zwischen Patient und Arzt und können für Patienten die Anzahl erforderlicher Arztbesuche verringern. So ist es dem Arzt mithilfe digitaler Anwendungen wie dem Videotelefonat möglich auch ohne den direkten persönlichen Kontakt eine Therapie zu steuern. Dabei darf jedoch keinesfalls der regelmäßige direkte persönliche Kontakt zwischen Arzt und Patienten ersetzt werden, der zwingend zur korrekten Interpretation der Befunde vorauszusetzen ist.	Übernommen
Zeile 803 bis 804 - Antragsteller: Christine Aschenberg-Dugnus (LV Schleswig-Holstein) und Dr. Andrew Ullmann (LV Bayern) für den Bundesfachausschuss Gesundheit			
34	Ersetzung von "In diesen digitalen Registern" ... bis "anonymisiert gespeichert."	Darüber hinaus sollten alle stationären und ambulanten Patientendaten anonymisiert erfasst werden.	Abstimmung mit Beratung mit 30
Zeile 857 bis 858 - Antragsteller: Jimmy Schulz (LV Bayern), Uwe Probst (LV Bayern), Albert Duin (LV Bayern) und Daniel Föst (LV Bayern) für den Landesverband Bayern			
35	Ersetzung Personalausweis mit einem	freien und	Abstimmung ohne Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 893 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für die Bundesvereinigung der Jungen Liberalen			
36	Füge ein nach nach " dafür eingerichtete Netzwerke."	Wir befürworten es, direkte politische Partizipation von Bürgern über entsprechende Netzplattformen zu fördern. Anzustreben ist, die Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen durch das Internet zu verbessern.	Übernommen
Zeile 915 - Antragsteller: Konstantin Kuhle (LV Niedersachsen) für die Bundesvereinigung der Jungen Liberalen			
37	Füge ein nach bringen.	<ul style="list-style-type: none"> • Um Deutschland auch international attraktiver zu machen und bereits hier lebenden Ausländern den Weg zur Behörde zu erleichtern, fordern wir außerdem die mittelfristige Einführung von Englisch als zweite Verwaltungssprache. 	Abstimmung ohne Beratung

67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

Antrag Nr. 512 "Grundsteuer zukunftsfähig reformieren"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 3 - Antragsteller: Eckhard Behrens (LV Baden-Württemberg)			
1	Füge ein nach herbei-zuführen.	Da sich die Länder in vielen Jahren nicht auf eine bundesgesetzliche Neuregelung einigen konnten, empfiehlt die FDP, durch Bundesgesetz klarzustellen, dass der Bund ab 2018 auf die Ausübung der konkurrierenden Gesetzgebung verzichtet, das geltende Recht als Landesrecht fortgilt und von jedem Land autonom geändert werden kann.	Abstimmung mit Beratung gemeinsam mit 2, 3, 4, 5 und 6
Zeile 4 bis 6 - Antragsteller: Eckhard Behrens (LV Baden-Württemberg)			
2	Ersetzung von "ausnahmslos nach der" ... bis "Geschosse zu ermitteln."	neu zu regeln.	Abstimmung mit Beratung
Zeile 12 bis 12 - Antragsteller: Eckhard Behrens (LV Baden-Württemberg)			
3	Streichung bundeseinheitlich		Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 14 bis 16 - Antragsteller: Eckhard Behrens (LV Baden-Württemberg)			
4	Ersetzung von "Grundstücke, die Bodenrichtwerte" ... bis "Geschosse (Geschossfläche)"	Grundstücke und Bodenrichtwerte.	Abstimmung mit Beratung
Zeile 19 bis 20 - Antragsteller: Eckhard Behrens (LV Baden-Württemberg)			
5	Ersetzung von "Bodenrichtwert X [Grundstücksgröße" ... bis "Anzahl der Geschosse]"	Bodenrichtwert X Grundstücksgröße	Abstimmung mit Beratung
Zeile 24 bis 34 - Antragsteller: Eckhard Behrens (LV Baden-Württemberg)			
6	Streichung von "4. Durch das neue Grundsteuergesetz" ... bis "Nutzung berücksichtigen."		Abstimmung mit Beratung

67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

Antrag Nr. 624 "Das sog. Wechselmodell („Paritätische Doppelresidenz“) als Modell zur Regelung des Aufenthalts minderjähriger Kinder nach Trennung und Scheidung der Eltern stärken"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 1 bis 5 - Antragsteller: Daniel Föst (LV Bayern), Alexander Putz (LV Bayern), Sebastian Körber (LV Bayern)			
1	Ersetzung von "Kinder haben das Recht" ... bis "Kindeswohl am besten dient."	Kinder haben grundsätzlich das Recht auf Betreuung durch beide Eltern – dies gilt insbesondere auch für den Fall einer Trennung der Eltern. Daher fordern wir die gesetzliche Verankerung der Paritätischen Doppelresidenz (Wechselmodell) als Regelfall, der in der Praxis bevorzugt zu berücksichtigen ist, wenn dies im Einzelfall nicht dem Kindeswohl widerspricht.	Abstimmung mit Beratung
Zeile 1 bis 1 - Antragsteller: Daniel Föst (LV Bayern), Alexander Putz (LV Bayern), Sebastian Körber (LV Bayern)			
2	Ersetzung ÜBERSCHRIFT: "Das sog. Wechselmodell („Paritätische Doppelresidenz“) als Modell zur Regelung des Aufenthalts minderjähriger Kinder nach Trennung und Scheidung der Eltern stärken"	„Paritätische Doppelresidenz“ (Wechselmodell) als Grundmodell zur Regelung des Aufenthalts minderjähriger Kinder nach Trennung und Scheidung der Eltern	Abstimmung mit Beratung

67. Ord. Bundesparteitag der FDP, Berlin, 23. - 24. April 2016

Antrag Nr. 700 "Ja zum Pariser Abkommen – aber liberal"

Änderungsanträge mit Bericht der Antragskommission

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 24 bis 26 - Antragsteller: Michael vom Baur (LV Mecklenburg-Vorpommern), Florian Rentsch (LV Hessen), Klaus Breil (Bayern), Dr. Andreas Reichel (LV Nordrhein-Westfalen), René Domke (LV Mecklenburg-Vorpommern) für den Bundesfachausschuss Wirtschaft und Energie			
1	Streichung von "Damit wird das Jahrzehntelange" ... bis "Wettbewerb der Willigen platz."		Abstimmung ohne Beratung
Zeile 28 bis 30 - Antragsteller: Michael vom Baur (LV Mecklenburg-Vorpommern), Florian Rentsch (LV Hessen), Klaus Breil (Bayern), Dr. Andreas Reichel (LV Nordrhein-Westfalen), René Domke (LV Mecklenburg-Vorpommern) für den Bundesfachausschuss Wirtschaft und Energie			
2	Ersetzung von "So wird dem Europäischen" ... bis "CO2 Emissionen zukommen."	<ul style="list-style-type: none"> • So ist ein effizienter weltweit bindender Emissionshandel - für den sich die FDP schon seit Jahrzehnten einsetzt – das geeignetste marktwirtschaftliche und technologieneutrale Steuerungsinstrument zur Reduktion der CO2 -Emissionen. 	Empfehlung der Antragskommission: Übernahme durch Antragsteller sonst Abstimmung mit Beratung

Nr.	Änderungsart	Änderungsantrag	Bericht der Antragskommission
Zeile 37 - Antragsteller: Michael vom Baur (LV Mecklenburg-Vorpommern), Florian Rentsch (LV Hessen), Klaus Breil (Bayern), Dr. Andreas Reichel (LV Nordrhein-Westfalen), René Domke (LV Mecklenburg-Vorpommern) für den Bundesfachausschuss Wirtschaft und Energie			
3	Füge ein nach möglich.	Dabei ist jede gesellschaftlich akzeptierte Technologie für uns gleichermaßen hilfreich, die sich marktwirtschaftlich behaupten kann, nicht nur regenerative Energieerzeugung, sondern auch Energieeinsparung, die Abscheidung und Lagerung bzw. stoffliche Verwertung von CO2 oder künftige Optionen, wie z.B. die Fusionstechnologie.	Abstimmung mit Beratung
Zeile 39 bis 40 - Antragsteller: Michael vom Baur (LV Mecklenburg-Vorpommern), Florian Rentsch (LV Hessen), Klaus Breil (Bayern), Dr. Andreas Reichel (LV Nordrhein-Westfalen), René Domke (LV Mecklenburg-Vorpommern) für den Bundesfachausschuss Wirtschaft und Energie			
4	Ersetzung von "aus der weiteren innovativen" ... bis "Decarbonisierung ergeben."	aus neuen Technologien mit dem Ziel der CO2-Emissionsvermeidung ergeben. Wir achten aber auch auf eine sichere und möglichst kostengünstige Energieversorgung von Bürgern, Gewerbe und Industrie.	Abstimmung mit Beratung
Zeile 41 bis 44 - Antragsteller: Michael vom Baur (LV Mecklenburg-Vorpommern), Florian Rentsch (LV Hessen), Klaus Breil (Bayern), Dr. Andreas Reichel (LV Nordrhein-Westfalen), René Domke (LV Mecklenburg-Vorpommern) für den Bundesfachausschuss Wirtschaft und Energie			
5	Ersetzung von "Die FDP wird sich dafür" ... bis "Sensibilität implementiert werden."	Die FDP wird darauf achten, dass Maßnahmen im Bereich von Ökologie und Klimaschutz, die im Zusammenhang mit dem Pariser Abkommen ergriffen werden sollen, in unserem Wirtschaftssystem der Sozialen Marktwirtschaft mit ordnungspolitischer Sensibilität implementiert werden. Dabei sind für uns eine sichere und für alle Bürger möglichst kostengünstige Energieversorgung ebenso wie die Wettbewerbsfähigkeit unseres Industrie- und Gewerbestandortes wichtige Zielgrößen.	Empfehlung der Antragskommission: Übernahme durch Antragsteller sonst Abstimmung mit Beratung